Abend-Ausgabe

76. Jahrgang. Nr. 287 — Montag, 20. Juni 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.30 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abz. Krisenabschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die Verhandlungen in Lausanne stocken

Neuer Tributplan Frankreichs in Vorbereitung

Drahtbericht unseres nach Lausanne entsandten W.-H.-Sonderberichterstatters

Lausanne, 20. Juni. Die Verhandlungen stocken. Das ist der überraschende Eindruck heute in Lausanne. Zwar sind Herriot und Macdonald wieder hier eingetroffen und haben sich vormittags sofort zu wichtigen Besprechungen getroffen. Aber diese Verhandlungen scheinen sich vorwiegend um die Abrüstung zu drehen, die ja gestern abend Gegenstand wichtiger Auseinandersetzungen zwischen Engländern, Franzosen und Amerikanern in Genf war.

Auf Initiative Macdonalds hin wird der Versuch gemacht, die Abrüstungskonferenz zu „retten", d. h. eine Scheinlösung zu finden, die sich wenigstens in geringem Maße finanziell auswirken würde und die zusammen mit den Lausanner Beschlüssen die Basis für ein Entgegenkommen Amerikas in der Frage der interalliierten Schulden bilden soll.

Offenbar spielt hier der Gedanke langjähriger „Rüstungsferien" eine besondere Rolle. Bezeichnend ist, daß die oppositionellen Staaten in Genf, d. h. die wenigen, die wirkliche Abrüstung verlangen, Deutschland, Italien und Rußland, von diesen Besprechungen der drei großen Gläubiger- und Militärmächte in Genf ausgeschlossen waren und daß man sie offenbar vor vollzogene Tatsachen stellen möchte.

Wie zu erwarten, beweist es sich freilich als sehr schwierig, auch nur zwischen England, Frankreich und Amerika hier eine Einigung zu finden. Wieviel schwieriger wird das im erweiterten Kreis später erst sein!

Immer deutlicher aber wird der Versuch, jedes definitive Entgegenkommen in Lausanne von Deutschlands Zustimmung zu den „Abrüstungs"-Beschlüssen seiner Hauptgläubiger abhängig zu machen.

Nicht umsonst hat Macdonald beide Fragen in seiner Einführungsrede eng verquickt. Unter diesen Verhältnissen — denen natürlich auch Brüning sich gegenübergesehen hätte — bedeuten vorläufig freundliche Worte an die deutsche Adresse blutwenig. Wie schwierig die Lage ist, geht auch daraus hervor, daß die für heute nachmittag angesetzte Konferenz der sechs einladenden Mächte voraussichtlich nicht stattfindet und daß es schon so gut wie sicher ist, daß auch die Vollsitzung morgen vormittag verschoben wird.

Die deutsche Delegation verhält sich demgegenüber abwartend. Das Gesetz des Handelns wird hier wie in Genf gegenwärtig vor allem von den Engländern und in zweiter Linie von den Franzosen bestimmt. Dabei geht

Macdonald in engster Fühlung mit Herriot

vor. Die deutsche Abrüstungsdelegation in Genf scheint zur Zeit so gut wie völlig ausgeschaltet zu sein, obgleich wir doch die Abrüstungsgläubiger und größten Interessenten an der wirklichen Lösung dieser Frage sind. Aber auch in Lausanne erwarten wir anscheinend Vorschläge der anderen, nachdem wir unseren grundsätzlichen Standpunkt präzisiert haben.

Frankreich bereitet, wie es heißt, einen konkreten neuen Plan vor, der seine Tributwünsche mit seinen politischen und wirtschaftlichen Forderungen verbinden soll.

Sehr stark wird in Konferenzkreisen das Ergebnis der hessischen Wahlen beachtet, vor allem das weitere starke Anwachsen der Nationalsozialisten und der Auflösungsprozeß der bürgerlichen Mitte.

Herriot wünscht 660 Millionen jährlich

Drahtbericht unseres nach Lausanne entsandten W.-H.-Sonderberichterstatters

Lausanne, 20. Juni. Soeben verlautet hier aus meist gut informierter französischer Quelle, daß Herriot aus Paris die Forderung nach Weiterzahlung der unbedingten Annuität von 660 Millionen durch Deutschland, garantiert durch die Reichsbahn, mitgebracht hat. Regierung und Parlament in Frankreich unterstützten dieses Verlangen. Deutschland müßte einen Schuldschein übergeben. Offen bleibt dabei, ob eine Kapitalisierung der Raten vorgesehen ist, wann diese Zahlungen beginnen sollen und ob sie im Falle einer völligen Schuldenstreichung Amerikas ganz oder teilweise fortfallen würden. Natürlich ist dieser Plan für Deutschland überhaupt nicht diskutierbar. Schon das Durchsickern solcher Absichten, selbst wenn man sie mehr oder weniger als Versuchsballon oder Stimmungsmache werten will, hat hier eine merkliche Spannung und eine Versteifung der Lage hervorgerufen. Wie immer nun Herriot mit seinen finanziellen und politischen Forderungen jonglieren mag, für Optimismus ist jedenfalls hier kein Raum mehr.

Papen für deutsch-französische militärische Zusammenarbeit?

Paris, 20. Juni. Der Lausanner Sonderberichterstatter des „Petit Parisien" gibt in seinem Blatt die großen Richtlinien der Gedankengänge des Reichskanzlers von Papen, mit dem er eine Unterredung hatte, wieder. Der Reichskanzler soll sich über die Zukunft der Lausanner Konferenz sehr hoffnungsvoll geäußert haben. Diejenigen Staaten, die über große Goldvorräte verfügten, hätten ein eigenes Interesse daran, die anderen Staaten zu unterstützen, um die gegenwärtigen Handelsbeziehungen zu aktivieren.

Auf militärischem Gebiet soll sich der Reichskanzler überraschenderweise als ein Anhänger des bekannten Rechbergschen Plans gezeigt haben, der auf eine enge deutsch-französische militärische Zusammenarbeit hinausgeht. Dagegen soll er gegen Verträge eine gewisse Abneigung an den Tag gelegt haben. Er sei der Auffassung, so betont der Berichterstatter des „Petit Parisien", daß der Locarno- und der Kelloggvertrag vollkommen genügten, und daß neue derartige Abkommen die feierlichen Erklärungen der Staatsmänner nicht verstärken würden. Abschließend habe er erklärt, daß, wenn die Lausanner Konferenz u. a. ein Ergebnis zeitigen würde, das eine deutsch-französische Annäherung auf mehreren Gebieten erreichte, sie in Deutschland einen ungeheuren und wohltuenden Eindruck machen würde.

Wie wir dazu von zuständiger Stelle erfahren, hat der Reichskanzler keinem französischen Journalisten ein Interview gegeben. Es handelt sich vielmehr um eine ganz lose Besprechung mit einem französischen Pressevertreter am Sonnabendabend. Ob die Formulierungen des „Petit Parisien" im einzelnen zutreffend sind, wird zur Stunde einer Nachprüfung unterzogen.

„Graf Zeppelin" von der Hollandfahrt zurück

Friedrichshafen, 20. Juni. Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist am Sonntag in den ersten Morgenstunden von seiner Hollandfahrt zurückgekehrt und um 2,10 Uhr auf dem Werftgelände glatt gelandet.

Zahlreiche Schwerverletzte bei Ueberfällen auf SA.-Leute

Berlin, 20. Juni. Am gestrigen Sonntag kam es in verschiedenen Städten zu kommunistischen Ueberfällen auf Nationalsozialisten. In Gelsenkirchen wurden hierbei drei SA.-Leute bei einem Ueberfall aus dem Hinterhalt schwer verletzt. In Bottrop beschossen Linksleute eine Kolonne der NSDAP. In Mainz wurde ein Trupp Nationalsozialisten angegriffen. Fünf Nationalsozialisten wurden verletzt. Zwei von ihnen mußten mit Schußverletzungen in das Krankenhaus geschafft werden; die übrigen hatten Messerstiche davongetragen.

Bei Mombach wurde ein Trupp Nationalsozialisten von politischen Gegnern, die auf Rädern vorbeifuhren, beschossen. Hierbei erhielt ein Nationalsozialist einen Steckschuß.

In Hagen kam es zwischen Kommunisten und uniformierten SA.-Leuten zu ernsten Zusammenstößen. Bei den Schlägereien fielen auch mehrere scharfe Schüsse. Drei Schwerverletzte mußten dem Krankenhaus zugeführt werden.

In Ammendorf-Beesen wurde von Kommunisten ein Ueberfall auf Nationalsozialisten verübt. Ein Nationalsozialist erhielt einen Schuß in die Schulter.

Ein SA.-Mann ermordet

Aachen, 20. Juni. Ein Trupp Nationalsozialisten aus Basweiler, die sich nach Merkstein begeben hatten, um die dortigen Nationalsozialisten, die sie gerufen hatten, weil sie sich von Kommunisten bedroht fühlten, zu verstärken, wurde auf dem Rückwege von Kommunisten angegriffen. Ein Nationalsozialist wurde durch einen Bauchschuß tödlich verletzt

Der Bischof von Eichstätt †. Dr. Leo Richard von Mergel, der 85 Jahre alte Oberhirte der Diözese Eichstätt, ist heute früh gestorben.

Der angelsächsische Abrüstungsvorstoß

Genf, 20. Juni. Die Drei-Mächte-Besprechungen am Sonntag in Genf zwischen England, Frankreich und den Vereinigten Staaten über die Abrüstungsfrage dauerten bis 21 Uhr. Macdonald und Simon begaben sich unmittelbar nach den Unterredungen nach Lausanne zurück. Von englischer und französischer Seite wird über das Ergebnis der Unterredungen lediglich mitgeteilt, daß es sich um eine einleitende inoffizielle Unterredung gehandelt habe, der weitere Besprechungen folgen würden. Der englische Innenminister Sir Herbert Samuel, der an den Besprechungen teilnahm, bleibt vorläufig in Genf, um die Fühlungnahme mit den Amerikanern und Japanern weiter aufrechtzuerhalten.

Von französischer Seite wird mitgeteilt, daß in den Besprechungen eine Auseinandersetzung grundsätzlicher Art vermieden und eine Teillösung angestrebt worden sei, die sich auf den Beratungen der technischen Ausschüsse der Abrüstungskonferenz und dem Abkommensentwurf des vorbereitenden Abrüstungsausschusses aufbaue.

Die Drei-Mächte-Unterredung soll auf unmittelbaren Wunsch Macdonalds zurückgehen, der die Lösung der Abrüstungsfrage mit allen Mitteln beschleunigen und so schnell wie möglich zu einer Lösung gelangen will.

Die englische Regierung sieht das Abrüstungs- und Reparationsproblem als ein Ganzes an, das nur gemeinsam gelöst werden könne.

Von englischer Seite wird ferner mitgeteilt, daß Macdonald und Simon nunmehr den Reichskanzler und den Reichsaußenminister über diese Besprechungen unterrichten und mit ihnen gemeinsam die Abrüstungsfrage weiterbehandeln werden. Sollte sich in diesen Besprechungen der nächsten Woche eine Uebereinstimmung ergeben, so sollen neue Verhandlungen im weiteren Rahmen unter Hinzuziehung der übrigen Mächte stattfinden und sodann die gesamten Fragen vor den Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz gebracht werden. In jedem Falle wird der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz spätestens in acht bis zehn Tagen wieder zusammentreten.

In unterrichteten englischen Kreisen besteht der Eindruck, daß in der Drei-Mächte-Unterredung

von französischer Seite versucht worden ist, die Zustimmung der englischen Regierung zu den französischen Abrüstungsvorschlägen zu erlangen.

Die Aussprache soll im wesentlichen zwischen den englischen und den französischen Ministern verlaufen sein. Die deutschen Abrüstungsforderungen sind in diesen Besprechungen bisher noch nicht zum Ausdruck gekommen. In den nächsten Tagen werden somit auf Grund der heutigen Besprechungen neue außerordentlich bedeutungsvolle Verhandlungen über die Abrüstungsfrage im Zusammenhang mit der Reparationsfrage stattfinden.

Der außenpolitische Berichterstatter des „Echo de Paris", Pertinax, zeigt sich sehr besorgt über den weiteren Verlauf der Abrüstungskonferenz. Die Sonntagsaussprache zwischen den Vertretern Frankreichs, Englands und Amerikas habe dem amerikanischen Senator Swanson Gelegenheit gegeben, einmal mit allem Nachdruck auf die Notwendigkeit hinzuweisen, endlich positive Arbeit zu leisten. Er habe erklärt, daß er und seine Kollegen es müde seien, rein akademischen Aussprachen beizuwohnen. Bei einer Verlängerung der augenblicklichen Lage werde sich seine Regierung gezwungen sehen, ihre Vertreter abzuberufen.

Senator Swanson habe dann noch einmal jenen Abrüstungsgedanken entwickelt, der auf eine Herabsetzung des französischen Heeresbestandes hinausgeht und der in Frankreich schon vor kurzem auf den schärfsten Widerstand gestoßen ist.

Paul Boncour, der an den ausgedehnten Besprechungen teilnahm, habe sich den Vorschlägen des amerikanischen Senators nicht vollkommen verschließen können und schließlich die Versicherung abgegeben, daß sie in Paris auf das ernsteste geprüft würden. Pertinax erklärt, daß man unter dem Vorwand, sich die Freundschaft Englands und Amerikas zu erhalten, nicht mit dem französischen Heer spielen dürfe, für das ohnehin im Jahre 1936 eine schwere Krise eintrete. Auf dem Gebiet der Reparationen seien die Fehler schon bedauerlich, auf dem Gebiet der Abrüstung würden sie jedoch geradezu verbrecherisch werden.

Die Besprechungen zwischen den amerikanischen, englischen und französischen Delegationsführern auf der Abrüstungskonferenz sind am heutigen Montag fortgesetzt worden. Von italienischer Seite verlautet, daß die jetzige Zusammenkunft zwischen den Vertretern der amerikanischen, englischen und französischen Delegation hauptsächlich den Zweck hätte, Frankreich für gewisse Abrüstungsmaßnahmen, die von England und Amerika vorgeschlagen werden, zu gewinnen. Man spricht davon, daß die Besprechungen in der Mitte der Woche auf die Delegationen Italiens, Japans, Deutschlands und eventuell Rußlands ausgedehnt werden.

Amerikanische Kampagne für Kriegsschuldenrevision

Neuyork, 20. Juni. Die Blätter befassen sich eingehend mit einer Erklärung des Präsidenten der Völkerbundsgesellschaft, George Wickersham. In dieser Erklärung wird eine ausgedehnte Werbekampagne angekündigt, um die bisherige Haltung des Kongresses zu der Revision der Kriegsschuldenfrage zu ändern und das gesamte amerikanische Volk davon zu überzeugen, daß es in seinem eigenen Interesse eine Erörterung des Kriegsschulden- und Reparationsproblems sowie der Frage der Zollschranken verlangen müsse.

Des weiteren bringen die Blätter die endgültigen Ergebnisse über die bereits vor einigen Tagen erwähnte Umfrage bei über 4000 Bankpräsidenten. Danach tritt die Mehrheit der befragten Wirtschaftsführer für eine Einbeziehung des Schulden-, Reparations- und Zollproblems in den Aufgabenkreis einer Weltwirtschaftskonferenz ein.

SLUB
Wir führen Wissen.